

Stadt Bad Rappenau

Niederschrift

über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates

am Donnerstag, den 20.11.2025 - Beginn 18:00 Uhr, Ende 19:10 Uhr
in Bad Rappenau, Rathaus, Kirchplatz 4, Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitzender

Sebastian Frei

Mitglieder

Uwe Basler

Carmen Exner

Marko Feeser

anwesend ab 18.26 Uhr, TOP 1.4 ö

Ulrich Feldmeyer

Markus Gabel

Elke Haas

Andreas Hagner

entschuldigt

Jan Hemmer

Sonja Hoher

Nadine Hofmann

Sven Hofmann

Axel Jänichen

Michael Jung

Ralf Kochendörfer

Chantal-Nicola Kühne

Jan Kulka

Bertram Last

Edgar Lilli

Carina Menakker

anwesend bis 18.34 Uhr, TOP 6 ö

Robin Müller

entschuldigt

Gordan Pendelic

entschuldigt

Manfred Rein

Timo Reinhardt

Holger Ries

Jutta Ries-Müller

Klaus Ries-Müller

Markus Ringler

Harald Scholz

Lydia Schwab

Klaus Senghaas

Kerstin Stenchly

Anika Störner

Gundi Störner

Martina Trunzer

anwesend ab 18.05 Uhr, TOP 1.1 ö

Birgit Wacker
Ralf Winter
Rüdiger Winter

entschuldigt

Presse

Falk-Stephane Dezort
Elfie Hofmann

anwesend ab 18.10 Uhr, TOP 1.2 ö

anwesend ab 18.10 Uhr, TOP 1.2 ö

Schriftführer

Eva Goldfuß-Siedl

Verwaltung

Torsten Behringer
Olivia Braun
Roland Deutschmann
Wolfgang Franke
Erich Haffelder
Rainer Hassert
Peter Kirchner
Tanja Schulz
Alexander Speer

anwesend bis 19.05 Uhr, TOP 9 ö

Gäste

Marcel Mayer

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom 11.11.2025 ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. das Gremium beschlussfähig ist, weil mindestens 31 Mitglieder (+OB) anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und Folgendes beschlossen:

Als Protokollpersonen werden die Stadträte Kerstin Stenchly und Sonja Hoher benannt.

Sitzung des Gemeinderates

- öffentlich -

Folgende

Tagesordnung:

wurde abgehandelt:

1. Mitteilungen und Verschiedenes
- 1.1. Annahme von Spenden
- 1.2. Kostenfeststellungsbeschlüsse
- 1.3. Sachstandsbericht: Ampelanlage an der L1107 / A6
- 1.4. Gemeinsame Erklärung der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und ÖDP sowie Antwort von Herrn Hofmann, FW-Fraktion
- 1.5. Tempo 30-Schild an Ortseinfahrt Babstadter Straße
- 1.6. Parkender Bus am Friedhof Heinsheim
- 1.7. Loch in Asphaltdecke auf der K2148 zwischen Heinsheim und Zimmerhof
2. Anfragen der Bürger
3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der beschließenden Ausschüsse
4. Zustimmung zur Verwaltungsgebührenkalkulation und zur 1.Änderungssatzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung) 090/2025
5. Eigenbetrieb „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ (EigB SER) hier: Feststellung des gebührenrechtlichen Ergebnisses 2023 115/2025
6. Eigenbetrieb „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ (EigB SER) 118/2025
 1. Zustimmung zur Kalkulation der Abwassergebühren für die Jahre 2026-2027
 2. Zustimmung zur Satzungsänderung der Abwassersatzung und Satzungsänderung der Entsorgungssatzung
7. Kläranlage Mühlbachtal - Neubau der Schlammmentwässerung 119/2025
 1. Maßnahmenbeschluss für den Neubau der Schlammmentwässerung
 2. Einplanung von Mitteln im Wirtschaftsplan 2026 ff des Ei-

genbetriebs Stadtentwässerung Bad Rappenau (EigB SER)

3. Ermächtigung des Oberbürgermeisters für Auftragsvergaben bis 500.000,-- €

4. Vergabe des Kaufs der Mietmaschine der Fa. Flottweg SE als wirtschaftliche Interimslösung bis zur Fertigstellung des Neubaus

5. Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln für den Kauf der Mietmaschine der Fa. Flottweg SE

- | | | |
|-----|--|----------|
| 8. | Kindergartenangelegenheiten
hier: Bedarfsplanung der Kindertageseinrichtungen und Schulen – Fortschreibung für das Kindergarten- und Schuljahr 2025/2026 ff | 108/2025 |
| 9. | Zustimmung zum Europaweiten Ausschreibungsverfahren für die Dienstleistung der Unterhalts-/Grund- und Glasreinigung der städtischen Gebäude ab 2026 | 116/2025 |
| 10. | Standesamt Bad Rappenau
1. Bestellung von Frau Katja Hotel zur weiteren Standesbeamtin
2. Widerruf der Bestellung von Frau Ute Wagenbach zur Standesbeamtin mit Wirkung vom 01.01.2026 | 112/2025 |

1.) Mitteilungen und Verschiedenes

Verteiler:
20.1.1 E

1.1.) Annahme von Spenden

Rechnungsamtsleiterin Schulz verweist auf § 78 Abs. 4 GemO bezüglich der Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen. Seit der letzten Gemeinderatssitzung sind der Stadt Bad Rappenau Spenden zugegangen, er bittet den Gemeinderat darum, die Zustimmung zur Annahme der genannten Spenden zu erteilen. Eine detaillierte Spendenliste ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigelegt und insofern Bestandteil der Niederschrift.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme folgender Spende zu:

Spender	Betrag	Eingangsdatum	Verwendungszweck
Verein	2.000,00 €	04.11.2025	Spende für die Jugendfeuerwehr
Privatperson	100,00 €	12.11.2025	Spende für die Jugendfeuerwehr

Einstimmig beschlossen.

Verteiler:
14.1 K
40.1.1 K
50.1.1 K
FW K

1.2.) Kostenfeststellungsbeschlüsse

Der Vorsitzende stellt die Kostenfeststellungsbeschlüsse der Maßnahmen im Zeitraum von Dezember 2024 bis November 2025 vor.

Die Auflistung wird den Beilagen zu diesem Protokoll beigelegt und ist insoweit Bestandteil der Niederschrift.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt folgenden Kostenfeststellungsbeschlüssen zu:

Amt	Stadt / EigB	Buchungsstelle	Maßnahmenbezeichnung	Maßnahmenbeschlüsse durch OB/FVA/TA/GR am	Beschlossene Gesamtsumme	Tatsächliche Baukosten	Datum der Fertigstellung	Besondere Hinweise (z.B. Zuschüsse)
Feuerwehr	Stadt	12.60.0000-0010	Einführung Digitalfunk (ausschließlich Fahrzeuge und FW-Häuser)	GR 17.06.2021 Bekanntgabe Hr. Deutschmann wg. Eilentscheidung OB	175.000,00 €	156.888,48 €	15.08.2025	Bewilligter Z-Feu Zuschuss 21.600€
HBA	Stadt	Maßnahme 0010 31400700 78710000	Sanierung Babstadterstraße 2	GR 15.03.2023	330.000,00 €	299.210,13 €	13.05.2025	Zuschuss 108.630,00 €
HBA	Stadt	Maßnahme 0003 5490000 78710000	WC Stadtmitte	TA 15.07.2024	80.000,00 €	76.887,73 €	01.04.2025	
HBA	Stadt	Maßnahme 0310 21100100 78710000	GS Fürfeld Brandschutz u. Sanierung	GR 23.09.2021	951.000,00 €	952.079,12 €	20.12.2024	Zuschuss 398.153,45 €
HBA	Stadt	Maßnahme 0012 41803000 78710000	Sanierung Wellenbecken RappSoDie	GR 29.09.2022 GR 29.02.2024	2.640.000,00 €	2.538.858,00 €	29.04.2025	Zuschuss 515.990,00 €
TBA	Stadt	Maßnahme 0005 55.100.200 78.720.400	Neuanlage Kinderspielplatz Eichwaldweg Baugebiet Kobach in Grombach	TA 15.05.2023 TA 10.03.2025	120.000,00 € + 22.709,02 €	142.709,02 €	18.12.2024	

Einstimmig beschlossen.

Verteiler:
40.1.1 K

1.3.) Sachstandsbericht: Ampelanlage an der L1107 / A6

Der Vorsitzende verliest als Sachstandsbericht zur Ampelanlage an der L1107/A6 eine Mail von Herrn Simon Trux, Habermehl & Follmann Ingenieurgesellschaft mbH, vom 31.10.2025 zum aktuellen Sachstand an den Zufahrten zur A6: „Es gab Probleme mit der verbauten Videodetektion, die am Knotenpunkt zu Unregelmäßigkeiten geführt haben. Dies wurde von Fa. Swarco bereits kurzfristig in der vergangenen Woche behoben.

Die Schleife auf der Rampenabfahrt zur Detektion von Stauereignissen ist defekt und muss neu geschnitten werden. Sobald wir eine Rückmeldung von Fa. Swarco zur Neuherstellung der Schleife haben, informieren wir Sie. Die Via6West GmbH ist in den Prozess eingebunden und wird sich in dem Zuge um die erforderlichen Verkehrssicherungsmaßnahmen kümmern.

Im Zuge der obigen Punkte haben wir den Steuerungsablauf nochmals eingehend auf Basis von Steuergerätemitschriften untersucht und ein Optimierungspotenzial identifiziert, das sich aktuell bei Fa. Swarco zur Umsetzung befindet. Auch hier geben wir Ihnen Rückmeldung, sobald dies vor Ort neu versorgt wurde.

Generell kann ich Ihnen mitteilen, dass den Beteiligten die aktuellen Umstände bekannt sind und alle bemüht sind, die erforderlichen Arbeiten schnellstmöglich durchzuführen.

Wenn Ihnen Unstimmigkeiten in der Signalisierung vor Ort auffallen, wäre es für uns hilfreich, wenn Sie uns das Datum und eine Uhrzeit nennen. Fa. Swarco hat die Möglichkeit uns die Signalisierungszustände aus den Steuergeräten zu exportieren und wir können dann prüfen, ob das Verhalten der Planung entspricht.“

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht.

Verteiler:

-/-

1.4.) Gemeinsame Erklärung der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und ÖDP sowie Antwort von Herrn Hofmann, FW-Fraktion

Timo Reinhardt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, Gundi Störner, Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Birgit Wacker, Sprecherin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Klaus Ries-Müller, Fraktionsvorsitzender der ÖDP-Fraktion tragen im Namen ihrer Fraktionen die folgende gemeinsame Erklärung vor.

Die Erklärung ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigelegt und insoweit Bestandteil der Niederschrift:

„Stellungnahme zu erhobenen Vorwürfen vorwiegend in den Sozialen Medien.

Wir sehen uns gezwungen, aufgrund der erhobenen Vorwürfe eine Erklärung abzugeben, um die aus unserer Sicht unwahren und beleidigenden Aussagen der Freien Wähler zu widerlegen.

Eines vorab: Wir sind davon überzeugt, dass alle Fraktionen in diesem Saal grundsätzlich an einer konstruktiven Arbeit zum Wohle der Stadt Bad Rappenau interessiert sind.

Unser ureigenstes Interesse ist es, genau dies zu verwirklichen. Gerade deshalb sehen wir uns – CDU, SPD, B90/Grüne und ÖDP – gezwungen, das Wort zu ergreifen, Fakten klarzustellen, falsche Behauptungen zu entkräften und den Weg zurück zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zu öffnen.

Die größte Fraktion – mit einer einzigen Stimme Mehrheit – hat keinen Anspruch auf alleinige Befugnis zur Entscheidung. Anstand und Verantwortung gebieten, diesem Anspruch gerecht zu werden und demokratisch zu handeln.

Und falls die Frage aufkommt, warum wir nicht das bilaterale Gespräch gesucht haben: Wir glauben nicht, dass Einsicht gezeigt oder Missstände beseitigt worden wären. Zudem haben die FW den Weg über Social Media gewählt – einen Weg, den wir bewusst nicht mitgehen, sondern wir sprechen in der Öffentlichkeit. Wir scheuen die Reaktion der anderen nicht.

Nach der Haushaltsdebatte und der gemeinsamen Erklärung von CDU, SPD, B90/Grüne und ÖDP war für die meisten Mitglieder des Gemeinderats klar: Es ist alles gesagt, die Vorwürfe sind durch Fakten widerlegt.

Für uns war die Sache damit erledigt – kein Nachtreten, kein Schlechtreden. Mit nahender OB-Wahl wurde der Ton seitens einzelner FW-Mitglieder rauer. Das ist Wahlkampf. Die Unterstützung der Kandidaten war im Rat offen und klar kommuniziert: Herausforderer Schultz erhielt Unterstützung aus den Reihen der FW, OB Frei von CDU, SPD, Grünen und ÖDP.

Zwei Kandidaten – das ist Demokratie, daran gibt es nichts zu mäkeln.

Wir haben uns bewusst nicht an der Meinungsbildung beteiligt. Weder über Facebook noch durch öffentliche Einflussnahme. Es gab lediglich Unterstützung durch nach außen gezeigter Solidarität.

Leider haben die FW – genauer gesagt deren Schreiber mit Billigung der Fraktionsspitze und der gesamten Fraktion – in den sozialen Medien einen Weg eingeschlagen, den wir aufs Schärfste verurteilen.

Es ging nicht mehr um Unterstützung eines Kandidaten, sondern darum, Aussagen zu verdrehen, Fakten wissentlich falsch darzustellen und für Falschaussagen zu nutzen.

Beispiele gefällig?

1. Wir zitieren: „80 € Schulden pro Kopf – das war einmal. Anfang 2025. Zum Zeitpunkt der Rede von Herrn Frei lag die Pro-Kopf-Verschuldung Bad Rappenaus bereits bei rund 300 €.“ – Diese Behauptung ist schlicht falsch und aus dem Kontext gerissen. Langjährige Mitglieder wissen, wie diese Zahl zustande kommt. Stattdessen werden Ängste geschürt, falsche Zahlen verbreitet und Stimmung gemacht. Schlimm nur, dass der Kandidat diese falschen Zahlen aufgegriffen hat und sich öffentlich blamierte. Als dies im Stimme-Forum korrigiert wurde, gab es keine Richtigstellung, keine Rücknahme der Falschaussage. Die „Fake News“ stehen bis heute auf Facebook.

Ja, die Verschuldung steigt – aber in vertretbarem Rahmen und mit Zustimmung der FW. Die von Herrn Frei aufgezeigte Rechnung beweist nur, dass die FW die kommunale Haushaltsführung nicht verstehen – oder nicht verstehen wollen. Wenn sie es doch verstehen, dann handelt es sich um bewusste Täuschung und Betrug am Bürger. Sie sprechen von „Fakten statt Gefühle“ – wir sprechen von „Betrug statt ehrlicher Analyse“.

Im Übrigen wurden dazu kritische Kommentare (keine Beleidigungen oder Falschaussagen) in sozialen Medien gelöscht, Autoren gesperrt – belegbar. Wer Unbequem wird, wird eliminiert.

2. Rhapsodie: Ja, das neue Bad ist teuer. Ja, Kostensteigerungen sind möglich. Niemand bei den FW hat sich grundsätzlich gegen ein neues Hallenbad ausgesprochen - von Seiten der FW wurde lediglich der Standort in Frage gestellt. Nach einer Aussprache wurde mehrheitlich der jetzt eingeschlagene Weg gewählt.

Niemand will ein Prestigeprojekt, sondern ein solides Drei-Sparten-Bad für unsere Bürger. Sich im Nachhinein hinzustellen und zu behaupten, man sei dagegen gewesen, ist feige, unfair und zutiefst undemokratisch.

3. Feuerwehr Bad Rappenu: Die Kameradinnen und Kameraden verdienen Respekt und Anerkennung. Stattdessen werden sie von den FW für Machtspiele missbraucht. Immer wieder wird behauptet, das Bad habe Vorrang vor dem Neubau der Feuerwache Bad Rappenu. Fakt ist: Aufgrund der Finanzlage und der Manpower kann nur ein Großprojekt gestemmt werden. Die Vorplanungen für die Feuerwehr laufen längst – das ist den FW bekannt.

Verschwiegen wird jedoch, dass gerade auch die FW einen Grundstückstausch verhindert haben und dadurch die Suche neu beginnen musste.

Die Krönung dieser Respektlosigkeit gipfelte in der Aussage – ich zitiere: „Eine Koalition der Verwaltungstreuen und Selbstzufriedenen – kurz: KoVeS – bestehend aus CDU, SPD, Grünen und ÖDP. Sie lobt sich für Stillstand, erzählt von Erfolgen – und nennt es Stabilität.“

Diese Aussage hat viele Ratsmitglieder erschüttert. Das ist ein Frontalangriff auf alle Fraktionen und die Verwaltung. Allein schon einen solchen Begriff zu erfinden, ist Respektlosigkeit gegenüber jedem Ratsmitglied und jedem Verwaltungsmitarbeiter. Kein ernsthaftes Ratsmitglied sitzt hier aus Bequemlichkeit oder huldigt einer „höheren Macht“. Das Gegenteil ist der Fall: Kritische Stimmen gibt es in allen Fraktionen, sie werden demokratisch diskutiert und mehr oder auch weniger akzeptiert, aber nicht durch Herabwürdigung und Beleidigung erniedrigt.

Selbst bei der Gratulation an den wiedergewählten OB wurden erneut Spitzen verteilt. Wir zitieren auch hier: „Bad Rappenu verdient Ehrlichkeit, keine Show. Fakten verschwinden nicht, nur weil man sie ignoriert.“ Die Botschaft ist klar: Nur die FW verstehen die Fakten, alle anderen ignorieren sie. Das ist keine Einsicht, sondern Arroganz.

Die FW haben im Wahlkampf endgültig gezeigt, wie sie Kommunalpolitik betreiben: mit Populismus. Was zuvor erkennbar war, ist nun klar offengelegt – es geht um Unwahrheiten und das bewusste Verschweigen der Realität. Leidtragende sind nicht wir Gemeinderatsmitglieder, sondern die Bürger, denen Sand in die Augen gestreut wird. Verwaltungstechnische Fakten werden falsch verwendet, um ein eigenes Narrativ zu bedienen.

Die FW behaupten, wir seien von Bundes- oder Landespolitik „gesteuert“. Das ist nichts anderes als die Unterstellung, wir kämen unserer Pflicht nicht nach. Es geht nicht um einen Streit in der Sache, sondern um den Vorwurf, wir verletzen unser Mandat.

Sie schreiben: „Die Koalition lobt sich für Stillstand.“ Fakt ist: Diesen angeblichen Stillstand haben die FW selbst mit verursacht. Was war konkret falsch? Keine Antwort. Beweise? Fehl-anzeige.

So weiß der Bürger am Ende nicht mehr, was richtig ist. Transparenz verliert ihre Wirkung, wenn die stärkste Fraktion Entscheidungen mit Lügen delegitimiert. Die FW inszenieren sich als Kontrolleure, bauen aber Transparenz ab und Verwirrung auf.

Richtig ist: Zwängen unterliegen nur die FW selbst. Entscheidungen gelten für sie nur, wenn sie ins eigene Narrativ passen. Erst zustimmen, dann zurückrudern – begleitet von populistischen Behauptungen wie „Wir sind verschuldet!“ oder „Die Rücklagen sind weg!“.

Das ist die einzige erkennbare Politik der FW: nicht die Sache, sondern das Fortkommen der Wählervereinigung. Statt eigene Projekte oder Gegenentwürfe vorzulegen, werden Beschlüsse nachträglich delegitimiert. Der Bürger gewinnt dadurch nichts – außer Unklarheit.

So verliert der Gemeinderat an Verbindlichkeit. Entscheidungen werden untergraben, die Arbeit gelähmt – einzig zum Zweck, Zustimmung zu erhöhen. Für den Bürger ändert sich dadurch auch nichts. Das ist unehrlich und das Gegenteil von Verantwortung. Verantwortung bedeutet, Entscheidungen sorgfältig abzuwägen und dazu zu stehen.

War dieses gemeinsame Statement nötig? Ja. Denn Einsicht, Unrechtsbewusstsein oder gar ein Eingeständnis der wissentlichen Täuschung sind von den FW nicht zu erwarten.

Belehren Sie uns eines Besseren!

Wir haben unsere Fraktionsmitglieder im Vorfeld zu diesem Statement gefragt, wie sie zu den Aussagen der FW stehen, wie sie sich damit fühlen, wie wir damit umgehen.

Wir können es bis heute nicht verstehen - und wir wiederholen uns - , dass die gesamte Fraktion der Freien Wähler diese in Social Media getroffenen Vorwürfe an uns akzeptiert hat. Es kam keinerlei Gegenreaktion – stehen hier wirklich alle dahinter?

Eines ist klar, wir hier sprechenden Fraktionsvorsitzenden hätten niemals das OK für solche Statements unter unserem Fraktionsnamen gegeben.

Uns fehlt die Offenheit, die Transparenz und der Respekt im Umgang miteinander und in der politischen Kultur. Wir sind ehrlich und halten uns an die Fakten – dies ist uns wichtig nochmals zu betonen.

Auch ich möchte für die ÖDP-Fraktion unsere Betroffenheit zu den Angriffen der Freien Wähler (FW) in den sogenannten sozialen Medien ausdrücken. Bestürzt hat uns, dass engagierte Mandatsträger/innen aller Parteien pauschal abgewertet wurden.

Auch für mich persönlich [anm. Klaus Ries-Müller] ist es – nach nun 31 Jahren im Gemeinderat - ein einmaliger Vorgang, als selbstzufriedener, bequemer Ja-Sager („Verwaltungstreuer“) beschimpft zu werden.

Meine „Gratulation“ geht an die Freien Wähler, allen voran an die Verfasser der entsprechenden Texte: Sie haben es durch eine Flut von falschen Anschuldigungen geschafft, dass in kurzer Zeit eine Koalition von 4 völlig unterschiedlichen Parteien entstanden ist.

Damit haben sie sich selber ins Aus gekickt.

Im Namen der Fraktionen

CDU Fraktion: Timo Reinhardt

SPD Fraktion: Gundi Störner

Bündnis 90/Die Grünen Fraktion: Robin Müller

ÖDP Fraktion: Klaus Ries-Müller

Anhang:

Screenshot der teilweise referenzierten Facebook-Einträge

Facebook, 14.10.2025 13:13

Facebook, 25.10.2025 20:45

Facebook, 1.11.25 11:21

Facebook, 30.10.25 17:18

Facebook,8.11.2025 9:59
Facebook, 2.11.2025 17:01
Facebook,9.11.2025 22:03“

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FW-Fraktion Sven Hofmann nimmt dazu wie folgt Stellung. Die Stellungnahme ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigelegt und insoweit Bestandteil der Niederschrift:

„Ich möchte jetzt hier als Stadtrat Sven Hofmann und Mitglied der Freien Wähler meine persönliche Sicht der Dinge wiedergeben.

Zunächst mein voller Respekt an den Kollegen & Kollegin das es endlich einmal Ehrlich und fast gerade heraus angesprochen wird, wenn einem was nicht passt!

Das gehört dazu und so sollte es in einer Demokratie auch sein das man offen darüber sich austauschen kann.

Dies ist aus meiner Sicht in der Vergangenheit leider nicht oft der Fall gewesen.

Um aber ALLES aufarbeiten zu können müssen wir etwas weiter zurück gehen...

Angefangen hat es meiner Meinung nach mit den Debatten um den Haushalt

2025 als sich die Freien Wähler aus voller Überzeugung

(bitte diese Worte jetzt endlich einmal akzeptieren) dagegen ausgesprochen haben, weil man der Meinung war das es so net weitergehen kann.

Ganz nebenbei bemerkt dies hat die ÖDP schon mehrmals gemacht ohne dass es diesen Aufschrei der anderen Fraktionen gab...

Wenn die Wirtschaft einbricht nach vorher 7 Jahren nie dagewesenen Wachstums und wir machen trotzdem genauso weiter wie vorher ohne ein

wenig gegenzusteuern dann muss es demokratisch erlaubt sein dies so nicht Mitzutragen.

Fragt doch einmal unseren größten Gewerbesteuerzahler ganz nebenbei ein Weltmarktführer mit fast 70 Jahren was er dazu sagt?

Er sagte er hat schon viel erlebt aber sowas ohne einen Lichtstreif am Horizont gab es noch net und er weiß nicht wie lange es so noch weitergehen kann...

JA vielleicht waren die vorgeschlagenen Sparziele net geeignet, mag sein **ABER** der Sinn dahinter war klar erkennbar man wollte auf die geplante

Kreditaufnahme verzichten mit dem Hintergrund das die Rhapsodie dann ja im Jahr 2026 voll zuschlagen wird.

Aber keiner wollte darauf eingehen .. und der Vorwurf man habe früheren Projekten zugestimmt **Ja ABER auch hier** wenn sich Bedingungen ändern zu damals dann muss es erlaubt sein zu revidieren..

Unsere Verwaltung hat dies auch schon öfters so gehandhabt Beispiel

Krebsbachtalbahn zuerst öffentlich im Kurhaus ein klares NEIN (einige von uns waren damals dabei) und dann mit der Begründung die Bedingungen haben sich geändert eine Umkehr....

Alles gut aber dieses Recht kann nicht nur einseitig gelten, sondern dieses Recht hat jede Fraktion ganz genauso und auch **das gehört zu einer Demokratie egal ob es einem passt oder nicht!**

Anschließend gab es dann eine gemeinsame Erklärung aller Fraktionen gegen die Freien Wähler .. ja auch das ist legitim aber man hätte es auch anderst ansprechen können, wenn man gewollt hätte aber man wollte es genauso mit Presse usw....

Das führte dazu das alles was aus der Richtung der Freien Wähler kam grundsätzlich erstmal für nicht gut befunden wurde.

Ich persönlich bin den Weg gegangen mit Grünen und SPD zu sprechen und nachzufragen. Beide haben es verneint dem wäre nicht so.

Also glaubt man es denn mehr wie ansprechen kann man es nicht..

In der 1. Sitzung nach der Sommerpause tuschelten 3 Damen vor dem Ratssaal wer die Frage stelle.. und damit begann es mit der Diskreditierung gegen eine Person persönlich (Stichwort Stiefsohndebatte usw.)

Kann man ebenfalls so machen ...

Danach gingen die ersten Post los mit Gschmäcke usw..
Und auch hier ja kann man so machen aber ob man dann hinterher mit Moral kommen darf?
ich weiß es nicht das sollte jeder mit sich selber ausmachen..
Denn es ist ja ganz klar es ging einzig und alleine um Wahlkampf !
Erst danach haben die Freien Wähler Beiträge erstellt zugegeben zugespitzt und ja so ehrlich
muss man auch sein teilweise übertrieben..
Aber danach und das Wissen vielleicht net Alle kam es dazu das manche sich als Anwalt
aufspielten und Einschüchtern wollten per Messenger
Mit dem Zusatz „hat nichts mit der Wahl zu tun“ oder andere die offizielle Funktionen haben
Posts weit unter der Gürtellinie verfasst haben auch wieder mit dem Zusatz schreibe es natür-
lich nicht für eine Fraktion oder in einer offiziellen Funktion..
Nein dann seit wenigstens so ehrlich und steht dazu das es natürlich nur um Wahlkampf ging
um nix anderes..
Auch hier kam kein böser Kommentar oder Sonstiges aus der Freien Wähler
Seite alles überprüfbar..
Und zum Schluss noch die 2 Hauptthemen der Wahlposts

- zum einen die pro Kopf Verschuldung von 80,-- Euro .. wir hatten heute die Info in der
Vorlage das Kassenkredite von 3 Mio. und jetzt von 4,5 Mio. aufgenommen wurden...
schon alleine das sind mehr als die 80,-
- und der 2. Hauptpunkt war das Alle Fraktionen außer den Freien Wählern Herrn Frei
unterstützen und auch das dürfte unstrittig sein...

Ich würde mir wünschen da ALLE hier im Gremium alt genug sind das wir offen und vor allem
ehrlich miteinander reden und dies zum Wohle der Stadt Bad
Rappenau den dafür sind wir ALLE hier gewählt worden..
Und jetzt habe ich fertig! **Vielen Dank!**“

Der Vorsitzende rügt Stadtrat Sven Hofmann, da er Tagesordnungspunkte aus der nicht-
öffentlichen Sitzung genannt hat (Kreditaufnahme) und somit gegen die Verschwiegenheit
verstoßen hat, er bittet ihn darum dies umgehend zu unterlassen. Er weist des Weiteren da-
rauf hin, dass Zeit war, die fraglichen Facebook-Posts zwischenzeitlich zu löschen.

Eine weitere Aussprache hierüber erfolgt nicht.

Verteiler:
30.1.1 E

1.5.) Tempo 30-Schild an Ortseinfahrt Babstadter Straße

Stadtrat Uwe Basler weist darauf hin, dass man das neue Tempo-30-Schild an der Ortsein-
fahrt von Babstadt erst spät erkennen kann und man es an anderer Stelle anbringen müsste.

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung zu.

Verteiler:
30.1.1 E

1.6.) Parkender Bus am Friedhof Heinsheim

Stadtrat Klaus Senghaas weist auf einen unbeleuchteten Bus hin, der am Friedhof in Heins-

heim parkt und schwer erkennbar ist.

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung zu.

Verteiler:
50.1.1 E

1.7.) Loch in Asphaltdecke auf der K2148 zwischen Heinsheim und Zimmerhof

Stadtrat Klaus Senghaas weist auf ein großes Loch in der neuen Asphaltdecke zwischen Heinsheim und Zimmerhof hin. Dieses hat er bereits mit weißer Farbe gekennzeichnet.

Der Vorsitzende sagt zu, die Straßenmeisterei zu informieren.

2.) Anfragen der Bürger

In der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates waren bis zu 11 Bürgerinnen und Bürger anwesend.

Anfragen aus der Bürgerschaft erfolgten nicht.

Verteiler:
-/-

3.) Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der beschließenden Ausschüsse

Die Schriftführerin gibt in Kurzform die nachfolgenden Beschlüsse aus den nicht öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der beschließenden Ausschüsse bekannt:

- TA-Sitzung am 13.10.2025
- GR-Sitzung am 23.10.2025
- FVA-Sitzung am 13.11.2025

Die Zusammenstellung der nicht öffentlichen Beschlüsse ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigelegt. Eine Aussprache hierüber findet nicht statt.

Verteiler:
20.1.1 E

4.) Zustimmung zur Verwaltungsgebührenkalkulation und zur 1.Änderungssatzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung)

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 090/2025 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert anhand der Vorlage den Sachverhalt. Er geht besonders darauf ein, dass durch die Gebühren nur die Kosten gedeckt werden sollen und kein Überschuss erwirtschaftet werden darf. Wesentlicher Grund für die Erhöhungen sind die gestiegenen Personalkosten aufgrund von Tarifsteigerungen.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Verwaltungsgebührenkalkulation vom 21.10.2025 und den von der Verwaltung vorgeschlagenen neuen Gebührensätzen zu (Anlage 1).
2. Den in der Gebührenkalkulation enthaltenen Ermessensentscheidungen (vgl. Erläuterungen Ziffer 8, Seite 13) wird ausdrücklich zugestimmt.
3. Bei den ermittelten Gebührensätzen handelt es sich um Gebührenobergrenzen. Zugunsten der Verwaltungspraktikabilität sollen diese Sätze abgerundet werden:
 - Kleinbeträge auf volle 10 Cent
 - Beträge ab 5 € auf volle 50 Cent
 - Beträge ab 50 € auf volle Euro
 - Beträge ab 100 € auf volle 5 Euro
 - Beträge ab 1.000 € auf volle 10 €
4. Bei Fundsachen (Ziff. 12.1) und Fundgeld (Ziff. 12.2) soll eine nicht kostendeckende Gebühr festgesetzt werden.
5. Beim Amts- bzw. fachbereichsinternen Anteil des Gemeinkostenzuschlags wird eine Spannweite von 10-40 % empfohlen. Das Gremium setzt diesen Anteil im unteren Mittelbereich in Höhe von 20 % fest.
6. Auf der Grundlage dieser Gebührenkalkulation werden die Verwaltungsgebühren wie in der Kalkulation vorgeschlagen festgesetzt und in die Verwaltungsgebührensatzung entsprechend aufgenommen.
7. Der Gemeinderat beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung) vom 20.11.2025 einschließlich des Gebührenverzeichnisses.

Einstimmig beschlossen.

Verteiler:
20.1.1 E

**5.) Eigenbetrieb „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ (EigB SER)
hier: Feststellung des gebührenrechtlichen Ergebnisses 2023**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 115/2025 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert anhand der Vorlage den Sachverhalt. Er geht besonders darauf ein, dass der Eigenbetrieb Stadtentwässerung zu 100% durch die Benutzungsgebühren finanziert ist und kein Geld aus dem Haushalt in den Eigenbetrieb fließt.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Das gebührenrechtliche Ergebnis für 2023 wird wie folgt festgestellt:

Schmutzwasser - 116.773 €

Niederschlagswasser 191.255 €

Einstimmig beschlossen.

Verteiler:

20.1.1 E

6.) Eigenbetrieb „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ (EigB SER)

1. Zustimmung zur Kalkulation der Abwassergebühren für die Jahre 2026-2027

2. Zustimmung zur Satzungsänderung der Abwassersatzung und Satzungsänderung der Entsorgungssatzung

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 118/2025 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert anhand der Vorlage den Sachverhalt. Er macht deutlich, dass die Stadt nach dem Eigenbetriebsrecht zur Kalkulation verpflichtet ist. Bei der Schmutzwassergebühr führen vor allen Kostensteigerungen beim Personal und die Investitionen in die Kläranlage zu Steigerungen.

Stadtrat Klaus Ries-Müller gibt im Namen der ÖDP-Fraktion folgende Stellungnahme ab: „Die Personalkosten und Unterhaltungskosten (Bsp. Schlammzentrifuge) steigen kontinuierlich.

Gerade bei den Unterhaltskosten sollten wir nicht sparen, da dies meist später nur zu noch mehr Ausgaben führt.

Da sich der Eigenbetrieb rein aus den Gebühren finanziert und wir auch nicht Geld aus dem städtischen Haushalt zuschießen können und wollen, müssen die Gebühren angepasst werden.

Die gesplittete Abwassergebühr wurde vor rund 15 Jahren eingeführt. Mein Eindruck ist, dass die versiegelten Flächen zugenommen haben, nicht nur durch mehr Schottergärten.

Vielleicht sollten wir mal zumindest in Stichproben kontrollieren.

Ich bin mir nicht sicher, ob allen Grundstückbesitzern klar ist, dass sie zum Beispiel weitere Versiegelungen von sich aus melden müssen. Der Eigenbetrieb sollte hier ab und zu im Mitteilungsblatt darauf hinweisen, wie kürzlich geschehen.

Wir von der ÖDP stimmen entsprechend der Vorlage.“

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Kalkulation der Abwassergebühren für die Jahre 2026-2027 gemäß Anlage 2 zu.
2. Der Gemeinderat beschließt die 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) gemäß Anlage 3.
3. Der Gemeinderat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben (Entsorgungssatzung) gemäß Anlage 4.

Einstimmig beschlossen.

Verteiler:
50.1.1 E
20.1.1 K

- 7.) Kläranlage Mühlbachtal - Neubau der Schlammmentwässerung**
- 1. Maßnahmenbeschluss für den Neubau der Schlammmentwässerung**
 - 2. Einplanung von Mitteln im Wirtschaftsplan 2026 ff des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Bad Rappenau (EigB SER)**
 - 3. Ermächtigung des Oberbürgermeisters für Auftragsvergaben bis 500.000,-- €**
 - 4. Vergabe des Kaufs der Mietmaschine der Fa. Flottweg SE als wirtschaftliche Interimslösung bis zur Fertigstellung des Neubaus**
 - 5. Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln für den Kauf der Mietmaschine der Fa. Flottweg SE**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 119/2025 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert anhand der Vorlage den Sachverhalt. Er hebt hervor, dass Sachverständiger und Verwaltung den Neubau der Schlammmentwässerung gemäß Variante 3.2 vorschlagen. Dies ist zwar die teuerste Variante. Gleichzeitig ist es aber auch die Variante mit der höchsten Betriebssicherheit und mit Vorteilen für die Mitarbeiter.

In der folgenden Diskussion werden folgende Punkte angesprochen:

- Eine Redundanz der Strukturen ist in diesem Bereich zwingend erforderlich, die Kläranlage zählt zur kritischen Infrastruktur.
- Die Investition führt zu Kostensteigerungen im Eigenbetrieb und damit zu höheren Gebühren.
- Durch die Auslagerung der Schlammmentwässerung gewinnt man Platz in der Halle.
- Die Variante bietet die höchste Sicherheit auch für die Mitarbeiter. Langfristig braucht man evtl. weniger Mitarbeiter.
- Der Standort sollte noch optimiert werden.

Stadtrat Klaus Ries-Müller gibt für die ÖDP-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

„Mit unserer Kläranlage ist es wie mit der Verdauung. Solange alles funktioniert, merkt keiner etwas von ihr! Aber wehe, mit der Kläranlage ist etwas nicht in Ordnung.

Solche Verdauungsprobleme müssen wir unbedingt vermeiden. Die Variante 3.2 (Vorzugsvariante) ist nicht die günstigste Lösung. Es ist aber die robusteste. Durch eine teilweise redundante Auslegung der Zentrifugen und durch einfachere Betriebsabläufe (Bsp. Containerabholung).

Wir von der ÖDP stimmen deshalb für diese Vorzugsvariante.“

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Durchführung der Erneuerung der Schlammmentwässerung der Kläranlage Bad Rappenau durch einen Neubau einer zweistraßigen Anlage auf neuem Standort innerhalb des Kläranlagengeländes mit Gesamtkosten in Höhe von 2.590.000,-- € (Baukosten mit Baunebenkosten, incl. 19% MwSt.) zu.
2. Der Gemeinderat stimmt der Einplanung von Mitteln im Wirtschaftsplan 2026 in Höhe von 800.000,-- € für das Wirtschaftsjahr 2026 und von 1.790.000,-- € für das Wirtschaftsjahr 2027 zu.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, Aufträge zu dieser Maßnahme bis zu einer

Auftragssumme von 500.000,-- € entsprechend der Hauptsatzung der Stadt Bad Rappenau zu erteilen.

4. Der Gemeinderat stimmt dem Kauf der im Einsatz befindlichen Mietmaschine der Fa. Flottweg SE mit einem Kaufpreis in Höhe von 236.334,-- € (incl. 19% MwSt.) zu.
5. Der Gemeinderat stimmt der überplanmäßigen Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 220.000,-- € für den Kauf der Mietmaschine der Fa. Flottweg SE zu.

Einstimmig beschlossen.

Verteiler:
10.1.3 E

8.) Kindergartenangelegenheiten hier: Bedarfsplanung der Kindertageseinrichtungen und Schulen – Fortschreibung für das Kindergarten- und Schuljahr 2025/2026 ff

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 108/2025 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Stadt Bad Rappenau in den vergangenen Jahren hohe Investitionen in die Kinderbetreuung gemacht hat. Einige Erweiterungsmaßnahmen sind bereits umgesetzt, andere laufen noch. Die Erfolge zeigen sich nun in der Bedarfsplanung, aktuell ist die Stadt in einer komfortablen Situation.

Hauptamtsmitarbeiterin Olivia Braun stellt anschließend die detaillierten Zahlen für die Kernstadt und alle Stadtteile anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist den Anlagen zu diesem Protokoll beigefügt und insoweit Bestandteil der Niederschrift. Sie macht deutlich, dass die Zahl der Betreuungsplätze in allen Bereichen in den vergangenen Jahren gestiegen ist und aktuell die höchste Zahl an Kindergarten- und Schulkindbetreuungsplätzen überhaupt erreicht wurde.

Nach Klärung weniger Sach- und Verständnisfragen, ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Fortschreibung der Bedarfsplanung für Kindertageseinrichtungen und Schulen für das Kindergarten- und Schuljahr 2025/2026.

Kenntnisnahme.

Verteiler:
40.5.1 E

9.) Zustimmung zum Europaweiten Ausschreibungsverfahren für die Dienstleistung der Unterhalts-/Grund- und Glasreinigung der städtischen Gebäude ab 2026

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 116/2025 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert anhand der Vorlage den Sachverhalt. Er weist darauf hin, dass die Leistungen in der Realität oft nicht so ausfallen, wie sie zuvor vereinbart wurden. Die Stadt

hat nur die Möglichkeit, bei den Stunden nachzusteuern, bzw. bei schlechter Leistung nicht zu zahlen.

In der Diskussion werden folgende Punkte angesprochen:

- In Fürfeld gibt es sehr viele negative Rückmeldungen zur Sauberkeit der Räume, man erhofft sich durch die neue Ausschreibung Verbesserungen.
- Eine Stammpersonalklausel in der Ausschreibung wäre von Vorteil (70% eigenes Personal muss eingesetzt werden).
- Die Reinigungszeiten sollten nicht zu knapp kalkuliert werden.

Nach Klärung weniger Sach- und Verständnisfragen, ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Durchführung eines Europaweiten Vergabeverfahrens für die Dienstleistung von Reinigungsunternehmen für die Dienstleistung der Unterhalts-/Grund- und Glasreinigung der städtischen Gebäude ab 2026.

Einstimmig beschlossen.

Verteiler:
10.2.1 E

10.) Standesamt Bad Rappenau

- 1. Bestellung von Frau Katja Hotel zur weiteren Standesbeamtin**
- 2. Widerruf der Bestellung von Frau Ute Wagenbach zur Standesbeamtin mit Wirkung vom 01.01.2026**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 112/2025 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert anhand der Vorlage kurz den Sachverhalt.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Bestellung von Frau Katja Hotel zur weiteren Standesbeamtin für den Standesamtsbezirk Bad Rappenau zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu.
2. Der Gemeinderat stimmt dem Widerruf der Bestellung von Frau Ute Wagenbach zur Standesbeamtin mit Wirkung ab 1.1.2026 zu.

Einstimmig beschlossen.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Der Vorsitzende:

Schriftführer/in:

Protokollpersonen:

Verfügung:

1. Die am Rand bezeichneten Stellen erhalten Auszüge aus dem Protokoll
2. Ablichtung des Protokolls für den Oberbürgermeister
3. An die Stelle 0 mit der Bitte, die erforderlichen Unterschriften einzuholen
4. Anschließend zu den Akten bei Stelle 0

Frei
Oberbürgermeister